

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 86. Ratssitzung vom 15. Januar 2020**

### **2100. 2019/45**

**Postulat von Marco Denoth (SP), Brigitte Fürer (Grüne) und 7 Mitunterzeichnenden vom 30.01.2019:**

**Realisierung eines Wohnbauprojekts mit Wohnungen, Gemeinschaftsflächen und Raum für Pflegewohngruppen für ältere LGBTI-Menschen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Marco Denoth (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 863/2019): Vor 15 Jahren trat ich in den Verein Network – Gay Leadership ein. Es war das erste Mal, dass ich ältere schwule Männer traf. Nach vielen Jahren Engagement in der Community traf ich zum ersten Mal Männer aus einer anderen Generation. Es begeisterte mich, neue und andere Lebensgeschichten zu hören, die mir damals fremd waren. Es gab mir zu denken, was diese Menschen alles erleben mussten: ein verstecktes Leben, Ausgrenzung und auch die Krankheit Aids, die sie aus einem völlig anderen Licht kannten. Heute sind diese Männer etwa achtzig Jahre alt. Ich bin sehr froh, dass sie mit anderen Frauen und Menschen dazwischen zusammenfanden und sich für eine gute Sache engagieren. Heute diskutieren wir zwei Vorstösse zum Thema queer altern. Mit diesem Postulat wollen wir den älteren LGBTIQ-Menschen – also den lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und anderen nicht der Heteronormativität entsprechenden Menschen, den queeren Menschen – ein selbstbestimmtes Alternwerden erleichtern: Ein vertrautes Umfeld bieten, Berührungsängste abbauen, Ratlosigkeit verschwinden lassen und Unverständnis entgegentreten. Viele ältere queere Menschen müssen heute ihre Lebenseinstellung an der Pforte von Alters- und Pflegeheimen abgeben, weil die Berührungsängste sehr oft vorhanden sind. Es geht nicht um eine Abschottung, sondern um eine Entfaltung von Lebensgewohnheiten auch im Alter. Der Verein queerAltern nahm sich dem an, zeigt sehr grossen Einsatz, erstellte viele Grundlagenpapiere und hat die Fähigkeit, den Betrieb eines solchen Lebensortes nachhaltig sicherzustellen. Er ist auch ein guter Partner der Stadt und befindet sich in sehr engem Austausch mit ihr. Konkret geht es in diesem Postulat um zirka dreissig Wohnungen, die für Wohngruppen und Pflegewohngruppen zur Verfügung gestellt werden sollen. Gerade im überhitzten Immobilienmarkt von Zürich ist es äusserst schwierig, eine Liegenschaft zu finden. Das zeigen die Engagements der letzten Jahre. Ohne Unterstützung der Stadt ist es sehr schwierig oder sogar unmöglich, eine passende Liegenschaft zu finden. Durchmischung unter queeren Menschen von jeglicher Couleur und jeden Alters ist mittlerweile bereits viel besser als vor 15 Jahren. Das ist der Grund, warum ich mich persönlich und als Mitglied von queerAltern für dieses Anliegen einsetze. Raum für verschiedene Lebensphasen zur Verfügung zu stellen, kann dazu führen, dass Pflege erst später eingesetzt werden muss oder dass eine Vollpflege vielleicht sogar verhindert werden kann. Der Austausch findet heute früher und aktiv statt. Das ist wichtig und so*

soll es auch im Alter sein. Das ist der Hauptgrund für diesen Vorstoss.

**Rolf Müller (SVP)** begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 27. Februar 2019 gestellten Ablehnungsantrag: Der Stadtrat wird hier gebeten zu prüfen, wie er ein Wohnbauprojekt an einen gemeinnützigen Bauträger vergeben kann oder wie die Stadt selbst ein solches erstellt, das an die Auflage geknüpft werden kann, damit ungefähr 30 Wohnungen entstehen können. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat aus der folgenden Überzeugung ab: Wenn wir das Postulat richtig verstehen, soll hier eine Gruppe von Menschen Vorteile auf Kosten von anderen erhalten. Ein solches Vorgehen lehnt die SVP vehement ab. Die zusätzlichen baulichen Massnahmen führen unweigerlich zu höheren Kosten. Auch Heteros haben spezielle Bedürfnisse. Aus Kostengründen kann nicht auf alles eingegangen werden. Warum sollte dies ausgerechnet hier der Fall sein? Das geht unserer Ansicht nach zu weit. Gerade aufgrund der äusserst angespannten Lage des Zürcher Immobilienmarkts ist es aus unserer Sicht wichtig, dass nicht nur auf diese Gruppe von Menschen, sondern auf alle Bevölkerungsgruppen geschaut wird. Es ist nicht einsehbar, warum die bisherigen Modelle für das Leben von LGBTIQ-Menschen, also lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und anderen nicht der Heteronormativität entsprechenden Menschen, nicht geeignet sein sollen. Auch heterosexuelle Menschen ziehen sich im hohen Alter zurück. Das ist normal und ein natürlicher Prozess. Es kann deshalb nicht davon die Rede sein, dass diese Menschen ihre Identität an der Pforte abgeben müssen.

Weitere Wortmeldungen:

**Natalie Eberle (AL):** Die AL wird das Postulat annehmen, auch wenn wir uns nicht alle vollständig einig waren darüber und es zu einer grossen Debatte kam. Wir unterstützen das Postulat, auch wenn wir es nicht für die ideale Lösung halten, ein Haus mit 30 Einheiten zur Verfügung zu stellen. Das entspricht auch nicht unserer Vorstellung von Inklusion und Diversity. Zum einen stehen die 30 Wohneinheiten in keinem Verhältnis zur Anzahl von LGBTI-Menschen, die in dieser Stadt zusammenleben; es sind etwa 40 000 Personen. Zum anderen gibt es vermutlich auch andere Alleinstellungsmerkmale von anderen Communities, die genauso berechtigt wären, ein Haus oder ein Baurecht einzufordern. Wir sehen aber auch sehr wohl, dass Handlungsbedarf besteht. LGBTI-Menschen sind Teil der Gesellschaft und sollen weder als junge oder als ältere Menschen diskriminiert werden können – genauso wenig wie auch Menschen mit Migrationshinter- oder -vordergrund. Auch ihnen soll dies im hohen Alter nicht geschehen. Darum stehen für uns die Ausbildung und die Schulung von Angestellten in Alters- und Pflegezentren im Vordergrund. Die Schulung soll generell so ausgerichtet sein, dass die Mitarbeitenden jeglichen Vorurteilen entgegenzutreten können – auch den eigenen Vorurteilen. Bei Eskalationen sollen sie adäquat eingreifen können. Menschen aus der LGBTI-Community sollen sich überall willkommen und aufgehoben fühlen. Das Ganze kann auch aus einer anderen Perspektive betrachtet werden. Die LGBTI-Community ist ein Mehrwert für alle. Umgekehrt ist die gesamte Gesellschaft ein Mehrwert für die LGBTI-Community. Darum ist für uns Inklusion das Wort der Stunde, nicht Segregation.

**Brigitte Fürer (Grüne):** Dass insbesondere im Alter ein vertrautes Umfeld wichtig ist, um gesund und sozial integriert zu bleiben sowie selbstbestimmt leben zu können, ist allen klar; dass unterschiedliche Bedürfnisse berücksichtigt werden müssen, eigentlich auch. Es braucht darum spezifische Angebote, was leider keine Selbstverständlichkeit ist. Ich verstehe Natalie Eberle (AL), wenn sie mehr Inklusion anstelle eines abgegrenzten Wohnhauses mit 30 Einheiten verlangt. In unserer Gesellschaft sind wir es uns jedoch längst gewohnt, dass man versucht, unterschiedliche Bedürfnisse mit unterschiedlichen Angeboten zu befriedigen. Ein Rasenfeld kann vielen Sportarten dienen. Aber es würde niemandem in den Sinn kommen, alles auf einem Fussballplatz realisieren zu wollen. Es ist seltsam, dass Menschen immer wieder nur als einheitliche Gruppe behandelt werden, obwohl die Bedürfnisse sehr unterschiedlich sind. Dass die SVP das Kostenargument für den Vorstoss anführt, der etwa 30 Wohneinheiten bei einem Baurecht an gemeinnützige Bauträger verlangt, erstaunt nicht. Das Kostenargument wird vor allem beim Älterwerden immer wieder in den Vordergrund gestellt. Dass es auch Chancen bietet und eine Belebung und Differenzierung von bestehenden Wohngebäuden sein kann, ist auch klar. Das Engagement einer Zivilgesellschaft wird beim Älterwerden stets gefragt und ist wichtig. Vor allem im fragilen Alter braucht es entsprechende Räume und es braucht auch eine Familie, die für die Menschen sorgt. Um das leisten zu können, braucht es Räume. Trotz des grossen Engagements gelang es queerAltern nicht, einen Wohnraum für unsere Familie zu finden. Das hat nichts mit dem Engagement zu tun, sondern ist vor allem der Immobiliensituation in Zürich geschuldet. Wohnraum fehlt auf allen Ebenen und für alle Leute. Das zeigt, dass es Unterstützung und die Stossrichtung dieses Postulats braucht, damit queere Menschen in einem vertrauten und sorgenden Umfeld älter werden können. Wir Grünen unterstützen das Postulat und wünschen uns, dass das Anliegen möglichst schnell umgesetzt wird.

**Claudia Rabelbauer (EVP):** Wir befürworten, dass alle Dienstabteilungen, so auch die städtischen Pflege- und Alterszentren, gebührend Rücksicht auf die Bedürfnisse der verschiedenen Volksgruppen nehmen und dass dementsprechend ein sensibilisierter Umgang gepflegt wird. Das gilt für die LGBTIQ-Gemeinde gleichermassen wie auch für bestimmte Nationalitäten, Religionen, Kulturen und Geschlechter. Dass jedoch für eine bestimmte Gruppe eigene Wohnheime geschaffen werden, widerspricht unserem Verständnis einer offenen Gesellschaft. Wir waren stets Befürworter einer guten Durchmischung. Nur so kann Integration gelingen. Eine Abkapselung von bestimmten Gruppen führt zu Ghetto-Bildungen. Das ist nicht in unserem Sinn. Darum lehnen wir diesen Vorstoss ab, stimmen aber bei den anderen Vorstössen zu.

**Elisabeth Schoch (FDP):** Wir unterstützen den Vorstoss, auch wenn wir eine ähnliche Ansicht wie die AL und die EVP haben. Inklusion muss auch in den städtischen Alters- und Pflegezentren sowie den anderen Institutionen der Stadt möglich sein. Trotzdem sehen wir, dass die queeren Menschen spezifische Bedürfnisse haben und dass diese vielleicht lediglich möglich sind, wenn sie unter sich sind. Auch wir führten Gespräche mit queerAltern und fanden heraus, dass das Problem nicht darin liegt, subventionierte und vergünstigte Wohnungen zu erhalten. Das Problem ist, dass sämtliche Liegenschaften, die auf dem Markt in der Stadt zur Verfügung stehen, von Genossenschaften und von der Stadt zu Höchstpreisen abgeräumt werden. Somit hat jemand, der etwas privat

umsetzen will, keine Möglichkeiten dazu. Diesen Menschen bleibt somit nur noch der Gang zur Stadt und zum süssen Topf der Vergünstigungen. Wir reichten deshalb auch einen Vorstoss ein, der heute leider nicht auf der Traktandenliste ist. Wir wollen, dass der Community eine Liegenschaft zur Verfügung gestellt wird, in der sie ihre eigenen Wünsche und Möglichkeiten selbst realisieren kann. Sie soll das auch grösstenteils selbst finanzieren, wenn das möglich ist. Sie soll eigenverantwortlich und selbstständig über die Art und Weise, wie sie im Alter leben will, entscheiden können. Das entspräche in unserem Sinne dem Freisinn, der Selbstverantwortung und der Eigenbestimmung.

**Dr. David Garcia Nuñez (AL):** Im letzten Jahr feierten wir in Zürich 50 Jahre Stonewall. Zum Teil veränderten wir unser Strassenbild; wir feierten eine Situation in den Vereinigten Staaten und erinnerten uns, wie Menschen damals auf die Strasse gingen. Mir ging es in diesem Moment wie Marco Denoth (SP): Ich fragte mich, wo unsere alten LGBT-Leute sind; wo stecken sie und warum sind ihre Geschichten nicht hier. Die Antwort ist relativ klar. Diese Leute stigmatisierten wir bis ins Jahr 1991. Sie wurden als krank betitelt. Trans Menschen werden heute noch als psychisch krank dargestellt. Es gibt lange Listen von Gräueltaten, die diesen Menschen angetan wurden; Kastration ist das Mindeste davon. Den Anspruch zu haben, dass die Generation, die das Leiden, die Schmerzen und das Verstecken erleben musste, sich nun ganz einfach in unsere Gesellschaft integrieren sollte, ist ein wenig naiv. Wir befürworten die Inklusion und reichten dazu ein Postulat ein, das sich nicht nur auf LGBT-Menschen bezieht, sondern auf Diversity, was beispielsweise auch Nationalität, Hautfarbe und Sprachminderheit beinhaltet. Es soll jedoch auch Exklusion geben: Menschen, die schlechte Erfahrungen in ihrem Leben machten und die aus gutem Grund kein Vertrauen in unsere Gesellschaftsstrukturen haben, muss die Freiheit gegeben werden, dass sie sich absondern. Die LGBT-Menschen sind keine Einzelfälle. Darum bitte ich bei der Nennung des Wortes Ghetto, zu berücksichtigen, dass es religiöse Gemeinschaften gibt, die sich dazu entschliessen, nicht an der Allgemeinheit teilzunehmen. Es gibt beispielsweise spezifische Frauenräume, in die Männer keinen Zugang erhalten, da Frauen als soziale Minderheit auf den Schutz angewiesen sind. Solche Räume unterstütze ich. Gegenüber der Entweder-oder-Strategie befürworte ich eine Sowohl-als-auch-Strategie. Erst in einer Utopie können wir die Exklusionsstrategien auflösen. Bevor es dazu kommt, braucht es Vereine wie queerAltern.

**Markus Baumann (GLP):** Die GLP unterstützt das Postulat, sieht aber schliesslich als Ziel die Inklusion im Vordergrund, wie wir das im folgenden Postulat fordern. Es gibt eine Altersgruppe, die andere Arten von Diskriminierung erlebte. Es ist nicht für alle vorstellbar, dass es Menschen gibt, die fast ausschliesslich in dieser Community leben. Ein Eintritt in ein Altersheim kann für betroffene Menschen sehr wohl neue Herausforderungen oder Diskriminierungen bedeuten. Es gibt eine Studie, die zum Schluss kam, dass die betroffenen Menschen dies nicht als Ghetto empfinden. Für sie steuert das Zusammengehörigkeitsgefühl zur Lebenszufriedenheit bei. Aus aktuellem Anlass: Solange es zu Diskriminierungen kommt, wie wir sie kürzlich auf Zürcher Strassen erlebten, gibt es Menschen, die das Bedürfnis haben, unter ihresgleichen zu leben. Wir unterstützen das Postulat auch, weil es nicht nur eine Form des queereren Alterns gibt.

**Stefan Urech (SVP):** Die verschiedenen Vorstösse sprechen denselben Missstand an. Der Vorwurf ist, dass LGBT-Menschen in städtischen Altersheimen diskriminiert werden. Wenn das der Fall ist, ist das mit aller Härte zu verurteilen. Auch müssen die Gründe und was dagegen getan werden kann ermittelt werden. Die Schlussfolgerung, dass die Unterbringung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in separaten Häusern erfolgen soll, ist nicht die Lösung. Ich bin erstaunt, dass wir stets von Integration, Inklusion und Diversity hören, nun aber genau das Gegenteil verlangt wird. Aus meiner persönlichen Erfahrung kann ich von einem städtischen Ort berichten, an dem LGBT-Menschen teilweise brutal diskriminiert werden: in der Schule. Ist nun die Lösung, dass eine Schule für LGBT-Menschen entstehen soll? Vorurteile werden mit einer solchen staatlichen Segregation nicht abgebaut. Ich finde den privaten Verein queerAltern super; sie haben eine Marktlücke entdeckt und sollen ihrem Wunsch nachgehen. Sie müssen jedoch wie alle anderen, die teilweise auch gute Ideen haben, eine Liegenschaft suchen. Der Platz in Zürich ist begrenzt.

**Dr. David Garcia Nuñez (AL):** Zur Klarstellung: Es war die Medizin und insbesondere die Psychiatrie, die diese Menschen misshandelte. Der Hass auf LGBT-Menschen ist nicht einer politischen Partei oder Richtung angegliedert.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

**STR Andreas Hauri:** Vier Vorstösse behandeln das Thema Diversität. Es ist ein Thema, das das liberale Zürich auszeichnet. Zürich ist eine Stadt, die sehr viele Lebensformen zulässt. Diese sollen zugelassen werden, ohne dass Diskriminierung stattfindet. Markus Baumann (GLP) erwähnte, dass die Diskriminierung während der Silvesternacht in vollem Ausmass stattfand. Ein schwules Paar wurde brutal zusammengeschlagen. Der Stadtrat missbilligt das in aller Form; wir tolerieren Diskriminierung nicht. Im Grundsatz steht die Integration über der Separation. Im Rahmen der Altersstrategie wird die Diversität ein wichtiges und grosses Thema sein. Diversität bedeutet, dass verschiedenste Formen und Angebote zugelassen werden. Die Bedürfnisse sind auch im Alter sehr unterschiedlich. Im Rahmen der Altersstrategie involvierten wir sehr viele Gruppen und Gruppierungen in Grossgruppenveranstaltungen und verschiedensten Gesprächen. Auch die Queer-Community war anwesend und sprach ihre Bedürfnisse aus. Wir führten bereits verschiedene Gespräche mit queerAltern. Bei 30 Wohnungen kann nicht von Ghettoisierung gesprochen werden. Wenn 30 Wohnungen bereitgestellt werden können, ist das ein Ziel von queerAltern, mit dem nicht eine Separation gewünscht wird, aber bestimmte Bedürfnisse abgedeckt werden sollen. Das Ziel der Altersstrategie ist nicht, dass überall Queer-Zentren gebaut werden. Das Ziel ist, dass auf unterschiedliche Bedürfnisse eingegangen wird. So gibt es beispielsweise auch mediterrane Gruppen, die bereits in einem Alterszentrum bestehen. Zukünftig können wir relativ rasch reagieren, wenn es darum geht, beispielsweise ein Stockwerk in einem Alterszentrum so einzurichten, dass Spezialbedürfnisse erfüllt werden können.



6 / 6

Das Postulat wird mit 99 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat